

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 100

DIENSTAG, DEN 23. DEZEMBER

2014

Inhalt:

Seite	Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht 2373	Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Ottensen 66 2374
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht 2373	Widmung der Wegefläche Steinhagenweg 2374
Abstufung einer Teilstrecke der Bundesfernstraße B 75 zum öffentlichen Weg der Freien und Hansestadt Hamburg 2374	Widmung von Wegeflächen 2375
Öffentliche Auslegung des Antrages auf Einrichtung des Innovationsbereiches Hohe Bleichen/Heuberg II 2374	Widmung einer Wegefläche 2375
	Friedhofssatzung für den Friedhof in Trägerschaft der Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld 2375
	Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof in Trägerschaft der Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld 2375
	Berufung von Mitgliedern in die Ethik-Kommission 2375

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Der Hamburger und Germania Ruder Club hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Umweltschutz – eine wasserrechtliche Genehmigung nach § 68 Absätze 2 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes für die Neuerrichtung der Clubanlage beantragt. Im Rahmen des Neubaus werden etwa 1645 m² Gewässerfläche der Außenalster überbaut. Im Vergleich zur bisherigen Clubanlage ergibt das eine Erweiterung um etwa 335 m².

Der Ausbau des Oberflächengewässers stellt ein Vorhaben nach Punkt 13.16 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Verbindung mit Nummer 1.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 d UVP in Verbindung mit den Regelungen des HmbUVP wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Umweltschutz – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich. Das Absehen

von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 5. Dezember 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 2373

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Umweltschutz, hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, eine Zustimmung nach § 64 der Hamburgischen Bauordnung für die Sanierung belasteter Böden durch Bodenaustausch an der Südlich Fiskalischen Straße beantragt.

Das Vorhaben stellt eine Abgrabung nach Nummer 3.4.3 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg dar. Nach der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Die Begründung zu dieser Entscheidung kann nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau – ABH 2 –, eingesehen werden.

Hamburg, den 15. Dezember 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 2373

Abstufung einer Teilstrecke der Bundesfernstraße B 75 zum öffentlichen Weg der Freien und Hansestadt Hamburg

Nach § 2 Absätze 4 und 6 des Bundesfernstraßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), und § 6 des Hamburgischen Wegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 14. März 2014 (HmbGVBl. S. 102, 104), wird die Teilstrecke der Bundesfernstraße B 75 von Kilometer 3,569 bis Kilometer 17,437 (Kreuzung Wandsbeker Chaussee/Wartenau bis zur Landesgrenze Hamburg/Schleswig-Holstein) mit Ablauf des 31. Dezember 2014 von einer Bundesfernstraße zu einem öffentlichen Weg der Freien und Hansestadt Hamburg abgestuft.

Hamburg, den 15. Dezember 2014

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 2374

Öffentliche Auslegung des Antrages auf Einrichtung des Innovationsbereiches Hohe Bleichen/Heuberg II

Zur Stärkung des Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentrum in den Straßen Hohe Bleichen und Heuberg soll der Innovationsbereich Hohe Bleichen/Heuberg II eingerichtet werden. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte legt den Antrag der Zum Felde BID Projektgesellschaft mbH als Aufgabenträger gemäß § 5 Absatz 6 des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren (GSED) vom 28. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 525), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren vom 19. Juni 2013 (HmbGVBl. S. 301), für die Dauer eines Monats öffentlich aus.

Der Antrag kann in der Zeit vom 5. Januar 2015 bis 4. Februar 2015 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung (040/4 28 54-35 68/- 34 30) im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Klosterwall 8, VIII. Stock, Geschäftsstelle Zimmer 823, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Der Antrag kann außerdem im Internet eingesehen werden unter: www.bid-hohebleichen.de.

Während der Auslegungszeit können Anregungen zu dem Antrag bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Die Eigentümer der im Innovationsbereich belegenen Grundstücke haben während der Auslegungszeit das Recht, der Einrichtung des Innovationsbereichs zu widersprechen.

Ein Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der genannten Dienststelle einzulegen. Nicht fristge-

recht eingelegte Widersprüche können nicht berücksichtigt werden.

Hamburg, den 15. Dezember 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2374

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Ottensen 66

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Ottensen 66 sowie über die parallele Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Westgrenze des Flurstücks 1330, West- und Nordgrenze des Flurstücks 1334, über das Flurstück 4062 (Bahnanlage), Nordgrenze des Flurstücks 4062 (Bahnanlage) der Gemarkung Ottensen – Hohenzollernring – Friedensallee (Bezirk Altona, Ortsteile 212, 216).

Das Bebauungsplanverfahren mit der beabsichtigten Bezeichnung Ottensen 66 wird eingeleitet, um für den Bereich zwischen S-Bahntrasse und Friedensallee, westlich des Hohenzollernring, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Wohnbebauung zu schaffen und andererseits bestehendes Gewerbe zu sichern.

Durch Konversion und Entwicklung des ehemaligen Produktionsgeländes soll eine verträgliche Nutzungsmischung von Handwerk und Wohnen im Altonaer Stadtteil Ottensen entstehen.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 7. Januar 2015, um 19.30 Uhr in der Aula der Max-Brauer-Schule, Bei der Paul-Gerhardt-Kirche 1, 22761 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab dem 23. Dezember 2014 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamts Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr, donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr sowie am 7. Januar 2015 ab 18.30 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 9. Dezember 2014

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 2374

Widmung der Wegefläche Steinhagenweg

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Neu-Rahlstedt, Ortsteil 526, belegene neu hergestellte Wegefläche Steinhagenweg (Flurstück 2300 [840 m²]), vom Großlohering nach Westen abzweigend und in einer Kehre endend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Fläche ist laut Senatsbeschluss vom 2. November 2011 Steinhagenweg benannt worden.

Hamburg, den 9. Dezember 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2374

Widmung von Wegeflächen

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die Deichüberfahrten des Overwerder Hauptdeiches und der dazwischenliegende Außendeichweg des Overwerder Bogens von Deichkilometer 18,40-19,25, belegen im Bezirk Bergedorf, Gemarkung Ochsenwerder (Flurstück 3551 teilweise) und Gemarkung Kirchwerder (Flurstück 9947 teilweise), mit sofortiger Wirkung für den Anliegerverkehr mit einem zulässigen Gesamtgewicht von maximal 7,5 Tonnen gewidmet.

Die zu widmenden Flächen sind gelb markiert im Plan dargestellt.

Die vorrangige Rechtsnatur der dem Anliegerverkehr gewidmeten Flächen auf der Hochwasserschutzanlage Overwerder Hauptdeich sowie die deichrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt. Die Widmung erfolgt daher gemäß § 6 Absatz 3 HWG mit der Maßgabe, dass aus Gründen des Hochwasserschutzes, insbesondere bei Hochwassergefahr, die Benutzung der Hochwasserschutzanlage jederzeit eingeschränkt oder untersagt werden kann.

Hamburg, den 9. Dezember 2014

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 2375

Widmung einer Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Eißendorf, Ortsteil 710, belegene Buskehre am „Ehstorfer Weg“ auf dem Flurstück 178 mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet. Es handelt sich um die Haltestelle „Majestätische Aussicht“ gegenüber Hausnummer 199.

Die Widmung beschränkt sich auf den Fußgänger- und Radfahrerverkehr sowie auf Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Harburg, Harburger Rathausplatz 4, Zimmer 217, 21073 Hamburg, zur Einsicht für jedermann aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei oben genannter Dienststelle vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 12. Dezember 2014

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 2375

Friedhofssatzung für den Friedhof in Trägerschaft der Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld

Der Kirchengemeinderat der Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld hat am 28. Oktober 2014 eine Friedhofssatzung beschlossen. Der Kirchenkreisrat des Kirchenkreises Hamburg-Ost hat am 10. Dezember 2014 die kirchenaufsichtliche Genehmigung erteilt.

Die Friedhofssatzung wird im Internet unter der Adresse: www.friedhof-bramfeld.de dauerhaft zur Einsichtnahme bereitgestellt. Ferner kann die Satzung während der Öffnungszeiten im Büro der Friedhofsverwaltung, Berner Chaussee 50-56, 22175 Hamburg, eingesehen werden.

Die Friedhofssatzung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Hamburg, den 15. Dezember 2014

Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld

Amtl. Anz. S. 2375

Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof in Trägerschaft der Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld

Der Kirchengemeinderat der Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld hat am 25. November 2014 eine Friedhofsgebührensatzung beschlossen. Der Kirchenkreisrat des Kirchenkreises Hamburg-Ost hat am 10. Dezember 2014 die kirchenaufsichtliche Genehmigung erteilt.

Die Friedhofsgebührensatzung wird im Internet unter der Adresse: www.friedhof-bramfeld.de dauerhaft zur Einsichtnahme bereitgestellt. Ferner kann die Satzung während der Öffnungszeiten im Büro der Friedhofsverwaltung, Berner Chaussee 50-56, 22175 Hamburg, eingesehen werden.

Die Friedhofsgebührensatzung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Hamburg, den 15. Dezember 2014

Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld

Amtl. Anz. S. 2375

Berufung von Mitgliedern in die Ethik-Kommission

Nach § 9 Absatz 9 des Hamburgischen Kammergesetzes für Heilberufe (HmbKGGH) vom 14. Dezember 2005 gibt die Ärztekammer Hamburg nachfolgend die in die Ethik-Kommission der Ärztekammer Hamburg für die Amtszeit 1. Dezember 2014 bis 30. November 2018 berufenen Mitglieder bekannt:

- Frau Prof. Dr. med. Marylyn Addo, UKE,
- Herr Prof. Dr. med. Gerd-Dieter Burchard, ifi-Insitut,
- Herr Prof. Dr. med. Martin Carstensen, Gynäkologe a.D.,
- Herr Achim Ehrhardt, Agaplesion Diakonieklinikum Hamburg,
- Frau Elfie Hölzel, Patientenforum,
- Frau Christiane Kallenbach, selbständige Pflegekraft,
- Herr Lothar Korth, Richter a.D.,
- Herr Prof. Dr. med. Christian Kubisch, UKE,
- Herr Dr. med. Reinhard Laux, Neonatologe a.D.,
- Herr Nicolaus Mohr, Katholisches Kinderkrankenhaus Wilhelmstift,
- Frau Prof. Dr. med. Ingrid Moll, UKE,
- Herr Prof. Dr. Christoph Seibert, Universität Hamburg,
- Herr Prof. Dr. med. Rolf Stahl, UKE,
- Frau Hannelore Wirth-Vonbrunn, Finanzgericht Hamburg,
- Herr Prof. Dr. med. Gerd Witte, Radiologe a.D.

Hamburg, den 12. Dezember 2014

Ärztekammer Hamburg

Amtl. Anz. S. 2375

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Anna Schubert
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des
 Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerb-
 lichen Dialog und ein dynamisches Beschaf-
 fungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
 anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber be-
 schafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftrags-
 geber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
 Auftraggeber:
 2. Bauabschnitt – Sanierung Klassen- und Ver-
 waltungsgebäude, Grundschule Hasenweg 40,
 22393 Hamburg.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 Bauauftrag
 Hauptort der Ausführung, Lieferung
 oder Dienstleistungserbringung:
 Hasenweg 40, 22393 Hamburg
 NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
 vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
 fungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
 Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Sanierung von drei Klassenhäusern (Haus 1-3)
 inklusive energetischer Sanierung der Fassaden,
 Austausch der Fenster- und Türen, Anbau je
 eines zweiten Rettungsweges über eine Stahl-
 treppe und der Sanierung der WC-Kerne. Die
 Gebäude werden während der Bauphase nicht
 von der Schule genutzt im Zeitraum von April bis
 Oktober 2015.
 Hier: Los 1: Heizungsanlage
 Los 2: Elektroarbeiten
 Los 3: Sanitäranlage
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV)
 Hauptgegenstand: 45214210
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für alle Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Ge-
 samtauftragwert über alle Lose auf ca. 329.000,–
 Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatz-
 steuer geschätzt.
 Geschätzter Wert ohne MwSt: 329.000,– Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Laufzeit: 4 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNI- SCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird:
 Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedin-
 gungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind

zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als fünf Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 02/15 AS

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 2. Februar 2015, 12.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg

IBAN: DE 25 00000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 02/15 AS

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse senden. Bitte nur eine der Varianten wählen.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

3. Februar 2015, 10.10 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

45 Tage ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 3. Februar 2015, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
12. Dezember 2014

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: 2. Bauabschnitt – Sanierung Klassen- und Verwaltungsgebäude, Grundschule Hasenweg 40, 22393 Hamburg.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Heizungsanlage

- 1) **Kurze Beschreibung:** Heizungsanlage
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45331000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Demontage und Erneuerung einer Heizzentrale: 1 St. BHKW 32KWth, 19 KWel mit Abgasanlage, 1 St. Brennwertkessel 170 KW mit Abgasanlage, 1 St. Pufferspeicher 2.000l, 1 St. Unterstation mit Pufferspeicher 500l und 2 St. 60 KW Frischwasserstationen, 3 St. gemischte Heizkreise, 100 m Twin-Fernwärmerohr, 800 m Stahlrohr bis DN 65, 15 St. Stahlheizkörper, Wasseraufbereitung, Demontagen.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 210.500,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 4 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum April 2015 bis Juli 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 3. Februar 2015 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Elektroarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Elektroarbeiten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45311000
- 3) **Menge oder Umfang:**
1 St. Niederspannungshauptverteilung Schutzklasse 1, 3 Felder 2 Hauptschalter, ca. 45 Automaten, 3 St. Verteilerschränke, 300 m NYY-J 5 x 4 mm² außen, 300 m NYY-J 7 x 2,5 mm², 1500 m NYM-J 5 x 1,5 mm², 600 m NYM-J 3 x 2,5, 300 m NYM-J 3 x 1,5, 400 m J-Y(ST)Y 2 x 2 x 0,8 mm, 300 m Kunststoffkanal.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 77.500,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 4 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum April 2015 bis Juli 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 3. Februar 2015 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Sanitäranlage

- 1) **Kurze Beschreibung:** Sanitäranlage

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45332400
- 3) **Menge oder Umfang:**
200 m Hochsiedel-Abwasserleitungen bis DN 100, 170 m Trinkwassernetz, 20 St. Sanitärobjekte als Vorwandmontage, Demontagen.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 41.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 4 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum April 2015 bis Juli 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 3. Februar 2015 um 11.10 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 15. Dezember 2014

Die Finanzbehörde

969

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Neubau für das Luise-Gymnasium am Standort Reinbeker Weg 76, Hamburg – Objektplanung gemäß § 34 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, einen Neubau („Zubau“) für das Luise-Gymnasium in Hamburg-Bergedorf durchzuführen. Das Luise-Gymnasium befindet sich am Reinbeker Weg 76 im Bergedorfer Villengebiet in direkter Nachbarschaft zum als Denkmal erkannten Billtalstadion und dem Waldgebiet „Bergedorfer Gehölz“. Das Hauptgebäude aus dem Jahr 1931 ist ein denkmalgeschützter Fritz-Schumacher-Bau. Im Innenhof befindet sich ein gestalterisch angelegter Neubau von 1996, der überwiegend als Klassenhaus genutzt wird. Derzeit befinden

det sich nördlich des Hauptgebäudes ein mobiler Klassenraumtrakt, in dem übergangsweise 6 Klassen untergebracht sind.

Im achtstufigen und 4-5-zügigen Luisen-Gymnasium werden im Schuljahr 2014/2015 ca. 990 Schülerinnen und Schüler von 75 Lehrkräften unterrichtet. Hierbei liegt der Schwerpunkt der Schule im Bereich Musik. In diesem Gebiet wird dabei mit der Kreismusikschule kooperiert. Das Gymnasium ist als Ganztagschule ausgewiesen. Der Bestand (inkl. Sport) verfügt über eine NGF von ca. 7.000 m². Infolge der hohen Schülerzahl ergeben sich räumliche Defizite im Bereich Allgemeiner Unterricht sowie den Gemeinschaftsflächen. Dieses Defizit soll mit dem vorgesehenen Zubau ausgeglichen werden. Es liegt ein Zubaubedarf von ca. 2.000 m² NGF (ca. 1.450 m² pädagogischer Nutzfläche zzgl. technischer und Verkehrsflächen) vor, der die Unterbringung von Ganztagsfläche (Kantine, Küche) und Flächen für allgemeinen Unterricht vorsieht.

Hier ist es gewünscht, den gesamten Musikzweig in den Zubau zu verlagern. Als Standort für den Zubau ist die Fläche nördlich bis nordöstlich des Altbaus vorgesehen, auf der sich zurzeit die mobilen Klassenräume befinden. Da diese Fläche zurzeit als Straßenverkehrsfläche ausgewiesen ist, wird parallel ein vorhabenbezogenes B-Planverfahren durchgeführt. Von Seiten des Denkmalschutzamts und des Bezirksamts ist die Genehmigungsfähigkeit eines bis zu 4-geschossigen Gebäudes in Aussicht gestellt worden. Die planerischen Grundlagen werden vorab in einer Planungswerkstatt konkretisiert und den ausgewählten Bieter in der Angebotsaufforderung übergeben. Der bestehende Denkmalschutz und die außergewöhnliche Lage bedingen eine intensive Auseinandersetzung mit den Umgebungsfaktoren und den denkmalpflegerischen Belangen.

Die genannten Maßnahmen sind unter Einhaltung des Budgets sowie unter der Prämisse der standortspezifischen Anforderungen im Rahmen eines Gesamtkonzepts zu entwickeln. Es ist ein ganzheitliches und energetisch optimiertes Konzept zu entwickeln, das neben der Sicherstellung des schulischen Bedarfes das Ziel hat, das Objekt nachhaltig, wirtschaftlich und zukunftsorientiert zu betreiben. Es werden planerische Vorschläge erwartet, die ein optimales Verhältnis zwischen nachhaltigen Materialien, hoher Energieeffizienz, niedrigen Betriebskosten und anspruchsvoller Gestaltung bei kostengünstiger Erstellung vorweisen. Das Gesamtbudget für den Zubau beträgt ca. 4,0 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppen 200 bis 700). Die Inbetriebnahme des Zubaus ist für den Schuljahresbeginn 2018/2019 geplant.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 2 (teilweise) und 3 gem. § 34 HOAI, Objektplanung.
- Leistungsphasen 4 bis 8 gem. § 34 HOAI, Objektplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

mung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Die Vergabestelle behält sich vor, von den ausgewählten Bieter gem. § 20 (3) VOF Lösungsvorschläge in Form einer Machbarkeitsstudie oder darüber hinausgehender Planungsinhalte erstellen zu lassen. Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), des Bezirksamts Bergedorf, des Denkmalschutzamts und der Schulleitung nehmen in beratender Funktion an der Auswahl der Bewerber des Teilnahmewettbewerbs und dem Verhandlungsverfahren teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf rund 260.000,- Euro (netto) inklusive Nebenkosten geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 260.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

– Leistungsphasen 4 bis 8 gem. § 34 HOAI, Objektplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen.

gen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- vollständig ausgefüllter Bewerberbogen, anzufragen bei der genannten Kontaktstelle
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie)

- Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck)
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck)
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck)
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck)
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck)
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck)
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Person (Anlage: 3A-1) (in Kopie)
- Anlage 3B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten (siehe III.2.3 sowie IV.1.2) mit Referenzschreiben

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) ge-

kennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

b) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014). Hiervon sind im Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI mind. 3 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Bietergemeinschaften und Bewerber mit Unterauftragnehmern können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

b) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen: Architekt/in für die Leistungen der Objektplanung gem. § 34 HOAI.

c) Nachweis der erbrachten Leistungen für 2 Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb

der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1. Januar 2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

d) Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gemäß § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 3

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaft-

lichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. § 34 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), Qualität (0-3 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den zwei Referenzen zusammen maximal 20 Punkte erreicht werden. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Lösungsskizze	30 %
3. Qualität	15 %
4. Kundendienst	5 %
5. Ausführungszeitraum	5 %
6. Preis/Honorar	30 %

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 038/2014
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 29. Januar 2015, 14.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
30. Januar 2015, 14.00 Uhr.

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 10. Kalenderwoche 2015; Einreichung der Honorarangebote 13. Kalenderwoche 2015; Verhandlungsgespräche 16. Kalenderwoche 2015.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie

nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

16. Dezember 2014

Hamburg, den 16. Dezember 2014

Die Finanzbehörde

970

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

- a) Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40
Zu Händen von Frau Christine Nehls
Telefon: 040/4 28 23 - 63 04, Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausgeschrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage für Stundenlohnarbeiten verschiedener Tätigkeits- bzw. Lohngruppen ohne Mengenangaben (Menge 1) durchgeführt. Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst findet der öffentliche Teilnahmewettbewerb statt. Die Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb sind bei der unter Buchstabe a) angegebenen Stelle abzufordern. In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden.

Aus den angebotenen Stundenlohnsätzen der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, wird von der vergebenen Stelle ein Angemessenheitsbereich festgelegt, innerhalb dessen Unternehmen jeweils mit ihren Stundensätzen beauftragt werden können. Angebote von Bieterinnen und Bieterinnen mit überwiegend unangemessenen hohen oder niedrigen Stundenlohnsätzen sind dabei nicht zu berücksichtigen.

Die mit ihren Sätzen überwiegend innerhalb des Angemessenheitsbereiches liegenden Unternehmen werden benachrichtigt, dass sie in eine Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen werden. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Unternehmen vorgesehen. SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Ham-

burg sowie die Finanzbehörde (Organisation und zentrale Dienste) rufen gemeinsam aus der gleichen Liste ab. Ein Anspruch auf eine Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe oder ein bestimmtes Auftragsvolumen kann daraus nicht abgeleitet werden.

HINWEIS: Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden diese nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung können die Verträge Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen und Immobilien der Freien und Hansestadt Hamburg, die in der Bewirtschaftung von SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH stehen, sowie die Dienstgebäude der Finanzbehörde (ohne Finanzämter).
- f) **Vergabenummer: SBH ÖT 007/2014**

Der Rahmenvertrag „Stundenlohnarbeiten Sanitär“ beinhaltet Verrechnungssätze (Euro/Stunde), in denen aufgegliedert Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Sozialkassenbeiträge, Gemeinkostenanteile und Wagnis und Gewinn enthalten sind. Tarifliche Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeiten sind in die Verrechnungssätze nicht einzubeziehen, sondern gesondert anzugeben, ebenso Materialzuschläge und die Anfahrtspauschale. Auf die Verpflichtung zur Einhaltung der Tariftreue gemäß dem Hamburgischen Vergabegesetz wird hingewiesen.

Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung wie Reparaturleistungen, Havariebeseitigungen und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang. Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von maximal 3000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 25 Firmen) auf 420.000,- Euro/Jahr netto geschätzt.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Mai 2015
Ende: 30. April 2016 mit der Option auf Verlängerung
- j) Entfällt
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 16. Januar 2014 um 12.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden voraussichtlich Mitte Februar 2015 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich im März 2015 stattfinden.
- o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.
- r) Entfällt

- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.

- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind.

Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

HINWEIS: Bitte fordern Sie den Teilnahmeantrag per E-Mail bei folgender E-Mail-Adresse ab:

vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Alternativ können sie unter Angabe ihrer E-Mail-Adresse den Teilnahmeantrag per Telefax abfordern:

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. April 2015.

- w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg
Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 16. Dezember 2014

Die Finanzbehörde

971

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
in der Helmholtz-Gemeinschaft

Postanschrift:

Sekretariat Abteilung Warenwirtschaft, V4,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Frau Roy

Telefon: +49/40/89 98 - 24 80

Telefax: +49/40/89 98 - 40 09

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

- Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
http://www.desy.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
Öffentlich geförderte Stiftung bürgerlichen Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Forschungszentrum
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Lieferung von Flüssig-Stickstoff für die Tankanlagen auf dem DESY-Gelände, Standort Hamburg
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
Lieferauftrag
Kauf
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:
Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.
Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 2 Jahre
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Lieferung von Flüssig-Stickstoff 5.0 für die Tankanlagen auf dem DESY-Gelände, Standort Hamburg.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
Hauptgegenstand: 24111800
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Flüssig-Stickstoff 5.0
Gesamtmenge: 20.000.000 kg
Jahresmenge: 5.000.000 kg
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
Verlängerung des Vertrages um jeweils 1 Jahr und maximal 2 Jahre.
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja
Zahl der möglichen Verlängerungen: 2
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 1. April 2015
Abschluss: 31. März 2017

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: Keine
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Keine
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen
Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 6 EG VOL/A (Verurteilung nach §§ 129, 129 a, 129 b StGB; § 261 StGB; § 263 StGB; § 264 StGB; § 334 StGB; Art. 2 §§ 1 oder 2 IntBestG und § 370 AO) nicht vorliegen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.

Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.

Eigenerklärungen über den Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre des Unternehmens.

Nachweis über den gelieferten Umsatz an Flüssig-Stickstoff in den vergangenen 3 Jahren.

Unternehmensdarstellung (keine Prospekte!) mit den geforderten Mindestangaben:

- Nennung der Gesellschaftsform (ggf. Konzernzugehörigkeit).
- Unternehmensstruktur
- Darstellung der Kernkompetenz/Geschäftsfelder.
- Leistungsportfolio
- Standorte
- Anzahl, Lage von Luftzerlegungsanlagen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Referenzen der letzten 3 Jahre über bereits erbrachte Leistungen der geforderten Art.

Erklärung wie die Sicherstellung der Liefermenge in Perioden mit Höchstmengen von 180.000 kg pro Tag sichergestellt werden kann.

Erklärung wie die Sicherstellung der Liefermenge in Perioden mit Höchstmengen von 20.000 kg innerhalb von 6 Stunden sichergestellt werden kann.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	80

2. Sicherstellung Liefermenge in Perioden mit Höchstmengenbedarf (180.000 kg pro Tag) 20

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 023-14

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 9. Januar 2015.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 2. Februar 2015.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 26. Februar 2015

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

3. Februar 2015

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben: –**

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

12. Dezember 2014

Hamburg, den 12. Dezember 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

2388

Dienstag, den 23. Dezember 2014

Amtl. Anz. Nr. 100

**Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 VOL/A****DESY Ausschreibungsnummer:
C2078-14 – Gussteile für SCT****a) Auftraggeber:**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Platanenallee 6, 15738 Zeuthen
Telefon: 03 37 62/77 - 0, Telefax: 03 37 62/77 - 319**b) Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in
einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:**„Öffentliche Ausschreibung DESY
C2078-14 – Gussteile für SCT
Angebotstermin 29. Januar 2015“**per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter
Buchstabe i) genannten Termin beim**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg**
eingehen.Elektronisch übermittelte Angebote können nicht ange-
nommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der
Angebote gilt § 13 VOL/A.**d) Art und Umfang der Leistung:**Erstellung eines Inspektionsplanes, Anfertigung von
Formmodellen, Herstellung, Korrosionsschutz, Quali-
tätsprüfung und Lieferung von 5 **verschiedenen Gussteilen** entsprechend der Spezifikation, dem Leistungs-
verzeichnis und Zeichnungen.

1. SCT-Head Gussteil
2. SCT-Yoke Gussteil
3. SCT-Adapter Gussteil
4. SCT-Adapter Gussteil
5. SCT-Differential Gussteil

Leistungsort:
DESY Zeuthen, Platanenallee 6, 15738 Zeuthen**e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art
der einzelnen Lose: Entfällt****f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:
Entfällt****g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**Schnellst möglich (maximal 15 Wochen nach Auftrags-
vergabe).**h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Ver-
gabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen
werden können:**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4Z – Warenwirtschaft
Platanenallee 6, 15738 Zeuthen

Telefon: 033762/77 - 209, Telefax: 03 37 62/77 - 3 19

E-Mail: warenwirtschaft.v4z@desy.de

**i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 15. Januar 2015
angefordert werden.**Ablauf der Angebotsfrist: **29. Januar 2015**Ablauf der Bindefrist: **27. Februar 2015****j) Geforderte Sicherheiten: Entfällt****k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der
Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterla-
gen zu entnehmen.**l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähig-
keit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklä-
rungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Han-
delsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unter-
nehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder
ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet
oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein
Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in
Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflich-
tungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ord-
nungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur
gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß er-
füllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung be-
gangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters
in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unter-
nehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre
(Angabe pro Jahr).
- Fertigungsplanung gemäß technischer Spezifikation
vom 5. Dezember 2014
- Inspektionsplan gemäß technischer Spezifikation
Punkt 4 vom 5. Dezember 2014.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eig-
nungsnachweise 1 bis 7 die Angabe der Nummer, unter
der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Lie-
fer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen
sind.**m) Vervielfältigungskosten: Entfällt****n) Zuschlagskriterien:**Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen, Spezi-
fikation Punkt 5.

Hamburg, den 17. Dezember 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 973